

## Das Ende des Medienpluralismus in der Ukraine?

Kiew, 06.09.2012

Bericht aus aktuellem Anlass  
N° 30/2012

Miriam Kosmehl, Dr. Volodymyr Oliinyk

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

*Am 28. Oktober wählen die Ukrainer ein neues Parlament. Noch bevor Ende Juli der Wahlkampf offiziell an lief, begannen auch die Angriffe seitens der ukrainischen Steuerbehörden gegen TVi, einen der letzten unabhängigen ukrainischen Fernsehsender. Am 20. Juli nahm der Kabelbetreiber Triolan den Sender in elf Städten aus dem Programm. Am 13. August folgten neun Kabelbetreiber in der dicht besiedelten Donbassregion im Osten der Ukraine dem Beispiel und entfernten den Sender aus dem Netz. TVi ist der einzige Fernsehkanal der Ukraine, der weder von ukrainischen Machtgrößen noch von ukrainischen Oligarchen kontrolliert wird. Ukraine-Expertin Miriam Kosmehl berichtet über die Bemühungen von Journalisten, die Schließung des Fernsehkanals TVi noch abzuwehren.*



### Gängelung und Behinderung durch Justiz und Staatsapparat

Zunächst ermittelten die Steuerbehörden, obwohl eine erst kurze Zeit zurückliegende Steuerprüfung bei TVi nichts zu beanstanden hatte.

TVi legte Widerspruch ein und gewann am 25. Juni ein entsprechendes Verwaltungsgerichtsverfahren. Dennoch kam am 12. Juli Besuch von der staatlichen Steuerpolizei, die, unter Bezugnahme auf den „offenen“ Fall, Dokumente beschlagnahmte – und damit offizielle Beteuerungen *ad absurdum* führte, Medienarbeit vor den Wahlen nicht behindern zu wollen. Dann sah sich der Generaldirektor des Kanals, Mykola Knjiaschitskij, persönlich dem Vorwurf der Steuerhinterziehung ausgesetzt.

Die Ermittlungen wurden zunächst auf Geheiß von Präsident Janukowitsch und Generalstaatsanwalt Pschonka mangels Tatbestandes wieder eingestellt – nachdem sich internationale Proteste gemehrt und Janukowitsch sich im Fernsehen öffentlichkeitswirksam gegen in

der Vorwahlzeit stattfindende Verfahren gegen Medien ausgesprochen hatte, die „negativ die politische Situation im Land beeinflussen“.

Am 22. August erklärte TVi-Generaldirektor Knjiaschitskij jedoch: „Obwohl das Strafverfahren gegen mich eingestellt worden ist, fährt die Steuerpolizei fort, uns vor Gericht zu ziehen. Wenn sie ein [erneut angestregtes] Gerichtsverfahren, das für den 13. September vorgesehen ist, gewinnt, werden wir gezwungen sein, 9 Millionen Ukrainische Hrywnja zu zahlen (etwa 900.000 Euro). Für unseren Sender ist das viel Geld, faktisch unser Bankrott.“ In einer Erklärung des Chefredakteurs Witalij Portnikow vom 31. August heißt es: „Infolge der [von der staatlichen Steuerpolizei angestregten neuen] gerichtlichen Anhörung kann der Kanal in den Bankrott geführt werden und gegen seinen Leiter, Knjiaschitskij, kann erneut ein Strafverfahren eröffnet werden.“



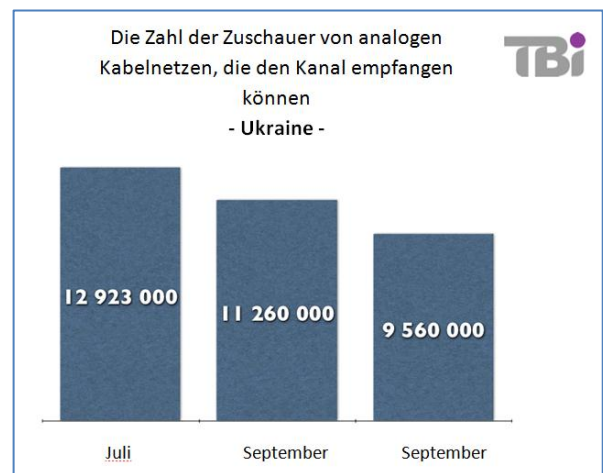
Witalij Portnikow  
(Foto: TVi)

Am 31. August wandten sich deshalb die Journalisten des Senders unter Leitung von Chefredakteur Portnikow mit einer öffentlichen Erklärung an „die ukrainische Gesellschaft, das Parlament des Europarates, die

OSZE, die Wahlbeobachtermmission und internationale Wahlbeobachter, die Teilnehmer des Weltzeitungskongresses / des Weltredakteursforums [welches am 2. September in Kiew begann], Botschaften und internationale gesellschaftliche Organisationen“.

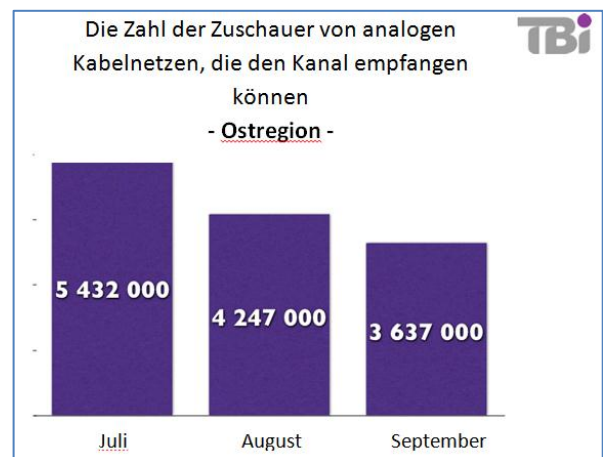
Neben dem neuen Gerichtsverfahren beklagen sie: „Seit Ende Juli verlangt der Nationale Fernseh- und Rundfunkrat von Kabelfernsehbetreibern das ungesetzliche Abschalten von TVi. Allein im August haben mehr als 60 Kabelbetreiber TVi aus ihrem Angebot genommen. [...] Anfang September beschloss der größte Kabelbe-

treiber der Ukraine ‚Volja‘ ohne Vorwarnung, den Sender aus einem populären Basispaket in ein teureres, erweitertes Paket zu verschieben, das nur ein Drittel der Nutzer des Betreibers abonnieren. [...] Wir gehen davon aus, dass die meisten Kabelbetreiber unter dem gesetzwidrigen Druck der ukrainischen Behörden handeln, die ihnen mit der [eigenen] Schließung drohen.“

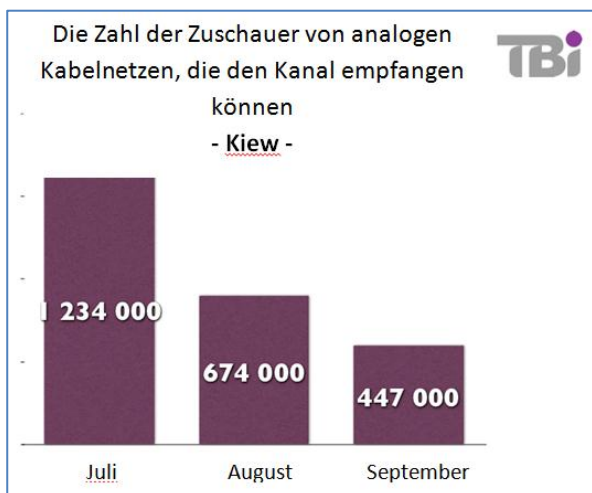


Grafik: TVi

Zum aktuellen Herausdrängen aus dem Kabelnetz kam es vor allem in Kiew und in der Donbassregion im Osten der Ukraine.



Grafik: TVi



Grafik: TVi

## Die Verhinderung des Medienpluralismus – ein System mit Methode

Das Szenario ist nicht neu. Bereits nach der Wahl von Präsident Wiktor Janukowitsch 2010 entzog der Nationale Fernseh- und Rundfunkrat der Ukraine TVi flächendeckende Frequenzen zugunsten des Senders *Inter TV*, Eigentum des damaligen Mitglieds des Obersten Justizrates und Chefs des Geheimdienstes, Walerij Chorschkowskij, heute im Rang eines Ersten Vize-Premierministers. Seit der Nationale Fernseh- und Rundfunkrat TVi 2011 sämtliche Lizenzen entzog, sendet der Kanal im Kabelnetz bzw. über Satellit und Internet.

Die Kabelbetreiber bringen vor, es komme aus technischen Gründen zu den Ausfällen. TVi-Journalist Denis Bihus gibt an, das Gegenteil belegen zu können. „Wir haben die Kopie eines Briefes, der [seitens des Managers des Kabelbetreibers *Triolan*] an alle regionalen Ingenieure geschickt worden ist, mit der Aufforderung, TVi durch *BankTV* zu ersetzen.“ *Bank TV* ist ein Kanal der Ukrainischen Nationalbank, die gegenwärtig von dem Präsident Janukowitsch nahestehenden Sergei Arbusow geführt wird und den Sender 2012 mit dem selbsternannten Ziel startete, die Bürger besser über den Bankensektor und finanzielle Angelegenheiten zu informieren.

Ein Mitarbeiter des Kabelbetreibers *Inmart* in der im Bezirk Donetsk liegenden, ca. 300.000 Einwohner zählenden Stadt Horlivka sagte, TVi sei aufgrund einer Entscheidung des Nationalen Fernseh- und Rundfunkrates abgeschaltet worden. „Es war nicht unsere Entscheidung, TVi durch *Hockey TV* zu ersetzen. Wir hatten schon genug Sportkanäle. Aber wir übertragen nur, und der Nationale Rat entscheidet, was gesendet werden soll.“

Der Pressesprecherin des Nationalen Fernseh- und Rundfunkrats, Natalia Sokolowska, zufolge sind diese Äußerungen falsche Anschuldigungen.

Wiktorija Sjumara, die das Kiewer Institut für Massenmedien leitet, hält indes die Kampagne gegen TVi „nicht für eine leere Phrase“. „Wenn wir die Inhalte analysieren, die TVi und andere nationale Fernsehkanäle senden, ist offensichtlich, dass die Nachrichten von TVi schärfer, kritischer und ausgewogener sind. Die gegenwärtigen Autoritäten mögen diese kritische Haltung nicht, insbesondere, wenn ihr potentielles Elektorat sie zu sehen bekommt.“

Am 3. September 2012 eröffnete in Kiew der Weltzeitungskongress / das Weltredakteursforum („64th World Newspaper Congress - 19th World Editors Forum“). Während der Begrüßungsrede durch Präsident Janukowitsch hielten bekannte ukrainische Journalisten Plakate



Protest auf dem World Newspaper Congress  
(Foto: Mustafa Nayyem)

mit diversen Botschaften hoch, z.B.

„8 von 9 Fernsehkanälen werden durch die Regierung kontrolliert.“

„Die Ukraine nimmt auf der Rangliste für Pressefreiheit von *Freedom House* Platz 130 ein.“

„Seit Jahresbeginn wurden 40 Journalisten zusammengeschlagen.“

„9 von 10 Angriffen auf Journalisten werden nicht strafverfolgt.“

„Autoritäten hören die Telefone von Journalisten ab.“

„Der unabhängige TV-Kanal TVi wird abgeschaltet.“

„Jene, die den Tod von Gongadze verantworten, sind noch auf freiem Fuß.“

„Gerichtsverfahren über Journalistenmorde finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.“

„Medienoligarchen dienen den Autoritäten.“

„Lokale Medien werden von den Autoritäten kontrolliert.“

„Die Autoritäten wollen Haft für Verleumdung.“

„STOPPT Zensur!“

Danach nahmen anwesende Kameraleute auf, wie Wachleute den im Saal protestierenden Journalisten die Plakate entrissen – während vorn auf der Bühne der Präsident vor rund 400 Zuhörern die Pressefreiheit hochhielt und die negative Berichterstattung über sein Land anprangerte. Es ist nicht verwunderlich, dass dies die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf sich zog.

## Herausforderungen für die Entwicklung von Freiheit und Demokratie

Wichtiger dürfte aber sein, dass jene, die sich in der Ukraine für Pressefreiheit und Bürgerrechte stark machen, kontinuierlich Unterstützung erhalten – von innen und von außen. Bislang profilierten sich die beiden großen politischen Lager, die nun seit fast zehn Jahren miteinander ringen, weniger durch zukunftsweisende Konzepte als im Kampf gegeneinander. Dabei geht es ganz überwiegend um den Ausbau der je eigenen Position und die Zurückdrängung des Gegners. Der EU und dem Europarat sollte es nicht nur darum gehen, Missstände klar zu benennen und die Einhaltung der Presse- und Meinungsfreiheit noch entschiedener als bisher einzufordern. Es müssen diejenigen gezielt gestützt werden, die noch an Demokratie glauben und willens sind, sich dafür einzusetzen. Schließlich sind Entwicklung und Stärkung der „Grundelemente“ der europäischen Identität – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit (als Ziel wirtschaftlichen Fortschritts) und Achtung der Menschenrechte – ein Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Hierfür die richtigen Instrumente zu entwickeln, ist eine immense Herausforderung im Hinblick auf Kreativität und Ausdauer.

Wenn es um die Information der Bevölkerung geht, mutet es besonders fragwürdig an, dass die Deutsche Welle ihr russischsprachiges Radioprogramm mittels Kurzwellenausstrahlung drastisch einschränkt und nur noch TV- und/oder Online-Dienste anbietet – entgegen den Ratschlägen des Deutschen Journalistenverbandes und des Deutschen Kulturrats. Das Internet ist in der Ukraine keine vergleichbar zugängliche Alternative für große Teile der Bevölkerung und kann außerdem leichter zensuriert, behindert oder vollkommen abgeschaltet werden.

Generell sollte Russland ein warnendes Beispiel sein. In den ukrainischen Medien tummeln sich nicht wenige Journalisten aus Russ-

land, die vor den dortigen Verhältnissen in die Ukraine ausgewichen sind. Die prominentesten sind die TV-Journalisten Ewgenij Kiseljow und Savik Schuster, früher *NTV*. Die russische Tageszeitung *Kommersant*, früher eine Art FAZ Russlands, ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst – und etliche russische *Kommersant*-Journalisten zogen aus Moskau nach Kiew um, um für die ukrainische Ausgabe zu arbeiten.

Der Fall von *TVi* ist von herausragender Bedeutung, weil Fernsehsender in der Ukraine die unbestritten wichtigsten Medien für einen offenen Prozess der gesellschaftlichen Meinungsbildung sind, wie die Soziologin Iryna Bekeschkina, Direktorin der Stiftung für Demokratische Initiativen vor kurzem herausstellte. Der Umstand, dass gerade jetzt und gerade in den östlichen Landesteilen ein ohnehin in seiner Reichweite bereits stark eingeschränkter Sender vom Netz genommen wird, zeigt, wie kritisch manche die Ausgangslage für die kommende Parlamentswahl empfinden.

Ob die Parlamentswahl am 28. Oktober als demokratisch und fair eingestuft wird, beeinflusst auch die Ratifizierung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der EU. Emily Haber, Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, sprach am 14. Mai in Brüssel von einer „Kursänderung“ der ukrainischen Machthaber, die erforderlich sei, um das Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Danach sieht es spätestens jetzt nicht mehr aus. Umso wichtiger ist, der ukrainischen Bevölkerung weiter ganz konkrete Vorteile aufzuzeigen, die z.B. das Freihandelsabkommen mit der EU bieten würde. Ein etwaiger Stillstand in den Beziehungen auf der Regierungsebene sollte sich nicht auf der gesellschaftlichen Ebene widerspiegeln.

Der Journalist Vitalij Portnikow hatte bereits 2009 in einer Publikation für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum 20. Jahrestag der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche in Osteuropa geschrieben, er habe keine Zweifel, dass irgendwann eine „europäische“ Ukraine entstehe; die Frage sei, wie lange



Die Sendung „Politclub von Witalij Portnikow“ im TVi-Kanal (Foto: TVi)

es dauern werde, solch ein ehrgeiziges Projekt zu bewältigen. Für 2029 stellt er sich in den Geschichtsbüchern den folgenden Satz über die heutige Zeit vor: „Nach der Niederlage des ersten ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk bei den Präsidentschaftswahlen 1994 kreierte seine Nachfolger einen Oligarchenstaat, der schließlich nach gravierenden wirtschaftlichen und politischen Krisen zerfiel.“ Die jungen Ukrainer des Jahres 2029 stellt er sich als realistische Menschen vor, die in einem europäischen Land leben, das zwar nicht das reichste ist, aber eines, das nach tatsächlicher Weiterentwicklung von Freiheit und Demokratie strebt. Die gegenwärtige Entwicklung des ukrainischen Medienpluralismus zeigt jedoch, wie schwierig dieser Weg ist.

*Miriam Kosmehl* ist Projektleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus.

*Dr. Volodymyr Oliinyk* ist Projektkoordinator der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus.

Impressum  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam